



# AfD in Thüringen auf weiterem Rechtstrend

## Offene Kooperation zwischen AfD-Jugendorganisation und NPD in Nordthüringen

Wie Katharina König, die Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, berichtete, ist seit einiger Zeit zu beobachten, dass die „Junge Alternative“ (JA), die Jugendorganisation der „Alternative für Deutschland“ (AfD), in Teilen noch radikaler auftritt als die Mutterpartei.

Erst kürzlich habe die JA Thüringen dies bei Facebook mit dem Foto einer Schusswaffe und einem Aufruf, der als Interpretation zur Selbstjustiz aufgefasst werden musste, erneut unter Beweis gestellt.

„In Nordthüringen ist seit mehreren Wochen ein weiterer Schulterchluss sichtbar, die AfD-Jugendorganisation kooperiert offen mit der NPD, ein JA-Funktionär organisiert gemeinsame Veranstaltungen mit einem NPD-Stadtrat aus dem Eichsfeld“, so Katharina König weiter.

hatte man sich in Northeim, Duderstadt und Heiligenstadt versammelt. „Anders als in Erfurt, wo regelmäßig Neonazis als Teilnehmer von AfD-Demos auftreten, gibt es in Nordthüringen eine gemeinsame arbeitsteilige Organisation derartiger Veranstaltungen durch AfD- und NPD-Funktionäre, was sich auch in abgestimmten Versammlungsanmeldungen ausdrückt“, erläuterte die Abgeordnete der Linksfraktion.

### Thorsten Heise war auch bei der „Mahnwache“ in Heiligenstadt

Katharina König wies weiter darauf hin, dass der maßgebliche Organisator eines so genannten „Freundeskreises Thüringen-Niedersachsen“ der AfD-Funktionär Lars S. ist, der in Göttingen die AfD-Jugendorganisation JA anführt. Nach Informationen der LINKEN im Thüringer Landtag ist S. regelmäßiger Anmelder der Mahnwachen u.a. in Duderstadt.

Die Mahnwachen in anderen Städten wurden offenbar auch von bekannten Neonazis angemeldet, wie am 17. Januar durch den NPD-Funktionär Matthias F. die Veranstaltung in Heiligenstadt. Er sitzt für die NPD im Stadtrat in Heiligenstadt und ist seit über zehn Jahren auch Mitglied im NPD-Kreisverband Eichsfeld, wo er auch als Stellvertreter des Vorsitzenden Thorsten Heise fungiert. Die Veranstaltungen wurden stets gemeinsam beworben. Seit November wurden aus den Reihen von

Gegendemonstranten wiederholt von gewalttätigen Übergriffen von Teilnehmern der „Ein Licht für Deutschland“-Kundgebungen im Eichsfeld berichtet. Wie Beobachter feststellten, war auch NPD-Funktionär Thorsten Heise am 17. Januar persönlich Teilnehmer der Kundgebung in Heiligenstadt.

### Mit rassistischen Positionen auf Stimmenfang

„Über die Verbindung von Björn Höcke zu Heise wurde schon mehrfach berichtet, bisher hatte sich die AfD bemüht, diese Verbindung herunterzuspielen. Dass Teile der AfD-Jugendorganisation nun offen gemeinsame Sache mit Thüringer NPD-Funktionären machen, bestätigt den weiteren Rechtstrend der Partei“, unterstrich Katharina König.

Am 20. Januar demonstrierte die „Junge Alternative“ auch wieder gemeinsam mit der der AfD in Jena. Mit dabei die Thüringer JA-Vorsitzende und Mitglied der AfD-Landtagsfraktion Wiebke Muhsal, der AfD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Björn Höcke und der Brandenburger AfD-Chef Alexander Gauland. Wie in Erfurt und an anderen Stellen unterstützte die Linksfraktion die Proteste gegen den Aufmarsch. „Wenn die AfD mit rassistischen Positionen auf Stimmenfang geht und gemeinsame Sache mit Neonazis macht, muss ihr die rote Karte gezeigt werden“, so die Abgeordnete.

### Arbeitsteilige Organisation und Versammlungsanmeldungen

So habe am 17. Januar, wie schon seit mehreren Wochen zuvor erneut eine gemeinsame Kundgebungsreihe an der nordthüringisch-südniedersächsischen Landesgrenze stattgefunden. Unter dem Motto „Ein Licht für Deutschland“ war es an drei Sonntagen an jeweils drei Orten zu Treffen von Mitgliedern der AfD mit Neonazis und Hooligans zu gemeinsamen Mahnwachen gekommen. Am 17. Januar

## AKTUELL

### Schallende juristische Ohrfeige für AfD-Brandner

„Katharina König hat sich erfolgreich gegen eine verleumderische Beleidigung zur Wehr gesetzt“, kommentierte André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, die am 21. Januar vom Landgericht Erfurt getroffene Entscheidung.

Das Gericht hatte dem AfD-Abgeordneten Stephan Brandner unter sagt, wörtlich oder sinngemäß zu behaupten und zu verbreiten, dass Katharina König „Sachen, Polizeiautos und Barrikaden anbrennt“. Bei jedem Verstoß dagegen drohen Brandner bis zu 250.000 Euro Geldstrafe oder bis zu sechs Monate Ordnungshaft. Brandner habe ein dubioses Verständnis vom Status eines Abgeord-

neten, betont André Blechschmidt. Der AfD-Scharfmacher habe behauptet, er sei durch die Indemnität – die Regelung, dass Abgeordnete bei Äußerungen in Ausübung ihres Mandats nicht gerichtlich verfolgt werden dürfen – geschützt.

„Das Landgericht Erfurt hat dem Juristen Brandner jetzt eine schallende juristische und moralische Ohrfeige verpasst“, stellt der LINKE-Politiker fest. Die Indemnität schütze gerade nicht bei verleumderischen Beleidigungen, das sei in Artikel 55 der Thüringer Landesverfassung klar geregelt. „Das Abgeordnetenmandat ist eben kein Freibrief für Verleumdungen, wie Herr Brandner offenbar meint“, so André Blechschmidt weiter.

Die Grenzen der parlamentarischen Auseinandersetzung seien von Brand-

ner und der AfD in den letzten Monaten innerhalb und außerhalb des Landtages immer wieder deutlich überschritten worden. Wer den hohen Schutz der Indemnität genieße, sei zu einer besonderen Verantwortung verpflichtet. Er empfehle Brandner und anderen AfD-Funktionärern, hin und wieder einen Blick in die Thüringer Landesverfassung zu werfen.

Brandner hatte in der Landtagssitzung am 17. Dezember von einem „Duo infernale der Straßenchaoten Vater und Tochter König“ gesprochen, die dafür verantwortlich seien, „dass Polizisten rot und grün geschlagen werden, dass Polizeiautos brennen, dass Barrikaden brennen“, und betont: „Sie zünden richtig die Sachen an, die Polizeiautos und die Barrikaden.“

## KOMMENTIERT:

von Anja Müller

### Politik zum Anfassen

Trotz später Konstituierung im Januar 2015 kann der Petitionsausschuss auf ein Rekordjahr zurückblicken. Thüringer Bürgerinnen und Bürger haben 1.130 Bitten und Beschwerden eingereicht. Sie merken, dass sie nicht bloß durch den Gang zur Wahlurne etwas verändern können. Viele haben versucht, durch Petitionen Ideen zu verwirklichen oder auch ihren Unmut über geplante Vorhaben oder Entscheidungen auszudrücken. 1.694 Petitionen (auch noch aus dem Jahr 2014) wurden bearbeitet. Allein der Petitionsarbeitskreis unserer Fraktion hat ca. 350 bearbeitet, eine hohe Anzahl, gerade wenn man bedenkt, dass wir den Anspruch haben, jeden Einzelfall gewissenhaft zu prüfen. Oft begleiten uns Petitionen über mehrere Ausschüsse hinweg, da sie so vielschichtig sind.

45 Petitionen wurden auf der Internetplattform des Landtages veröffentlicht, zwei Petitionen erhielten mehr als 1.500 Unterstützungen und wurden öffentlich im Petitionsausschuss behandelt. Wir scheuen uns nicht vor Anhörungen und stellen uns gern der Bürger-Debatte. Wenn so viele eine Petition unterschreiben und z.B. wollen, dass die Umweltschäden durch Ölverschmutzungen im Grundwasser in Rositz-Schelditz saniert und die Altlasten abgebaut werden, sollten diese Menschen auch die Chance erhalten, öffentlich mit den verantwortlichen Politikern ins Gespräch zu kommen, um eventuell eine einvernehmliche Lösung zu erzielen.

Wir konnten auch das Budget des Petitionsausschusses für Unterstützungen bei außergewöhnlichen Notfällen anheben. Über diesen Härtefonds wurde 2015 in dreizehn Fällen geholfen. Der Petitionsarbeitskreis der Fraktion will jetzt das Beauftragtenwesen genauer unter die Lupe nehmen und das Petitionsgesetz auf kleinere Gesetzeslücken hin prüfen, die uns in unserer täglichen Arbeit begegnen. Wichtig ist mir auch, dass die Bewerbung der zur Veröffentlichung online gestellten Petitionen verbessert wird. Das ist eine einfache Möglichkeit, von zu Hause aus etwas zu verändern. Erhält eine Petition mehr als 1.500 Stimmen, kann sie in einer öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses behandelt werden. Das ist sozusagen Politik zum Anfassen.

Zudem steht das Bürgerbüro der Linksfraktion den Menschen mit ihren Problemen, Sorgen und Anliegen jederzeit offen.

Die große Resonanz auf die Einladung der Linksfraktion im Landtag zur Veranstaltung am 19. Januar für ein modernes, zukunftsorientiertes Personalvertretungsrecht in Thüringen „zeigt, wie richtig und wichtig es ist, im Vorfeld einer Gesetzesänderung den Austausch mit den Betroffenen zu suchen“, so Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion, mit Blick auf die anstehende Novellierung des Personalvertretungsgesetzes. Der Abgeordnete dankte den Personalrätinnen und Personalräten aus den Ministerien, Behörden und Einrichtungen für die engagierte Diskussion und die zahlreichen Vorschläge zur Stärkung des Personalvertretungsrechtes und der Mitbestimmung im Zuge der Gesetzesänderung.

Das ThürPersVG, so die gängige Abkürzung für Thüringer Personalvertretungsgesetz, regelt, wie Beschäftigte in den Dienststellen der öffentlichen Verwaltung, also von der Gemeindeverwaltung über die Polizeiinspektion bis zu den Ministerien, ihre Rechte um- und durchsetzen können.

Rainer Kräuter hob nach der Veranstaltung hervor, dass die Qualität der Einstiegsreferate, gehalten von Frank Schönborn, Vorsitzender der Arbeitsgruppe der Hauptpersonalräte und stellvertretender Vorsitzender des Thüringer Beamtenbundes (tbb), und Sandro Witt, stellvertretender Vorsitzender der DGB-Bezirks Hessen-Thüringen, sehr hoch gewesen ist. „Ich war überrascht, dass die Forderungen des DGB und des Beamtenbundes so umfassend und doch vielfach deckungs-

# Den Verwaltungsumbau offensiv begleiten

Zahlreiche Vorschläge für anstehende Novellierung des Personalvertretungsgesetzes



gleich waren. Ich nehme das als deutliches Zeichen auf, dass die Politik hier dringend handeln muss.“

In der Diskussion wurde von vielen Personalräten gezeigt, wo genau im Gesetz Handlungsbedarf gesehen wird. „Letztlich geht es um eine deutliche Demokratisierung des öffentlichen Dienstes in Thüringen. Unter anderem muss der Zustimmungsverweigerungskatalog abgeschafft werden. Fristen, bis wann ein Personalrat zu einem Thema Stellung beziehen soll, jedoch keine Regelung bis wann ein Dienstherr auf eine Frage des Personalrates zu antworten hat, sind ein Fossil undemo-

kratischen Arbeitsverständnisses.“ Viele Beschäftigte wünschten sich ein Gesetz, das sich an das Betriebsverfassungsgesetz anlehne. Es sei auf einzelne gesetzliche Regelungen hingewiesen worden, die sich Beschäftigte in einem Personalvertretungsrecht wünschten.

„Nun kommt es darauf an, wie wir im Diskussionsprozess in der Koalition und im Dialog mit den Personalräten ein modernes und demokratisches Gesetz auf den Weg bringen, das den Personalrätinnen und -räten eine gute Arbeitsgrundlage gibt. Der Anfang, und vor allem ein demokratischer Anfang in

der Diskussion mit den Betroffenen selbst, wurde nunmehr gemacht. Ich bin zuversichtlich, dass wir unter r2g (Rot-Rot-Grün) eine gute Lösung für und mit den Beschäftigten erarbeiten, auch vor der Umsetzung einer Verwaltungs-, Kommunal- und Gebietsreform. Die Modernisierung und ein Mehr an Mitbestimmung werden den Umbau der öffentlichen Verwaltung in Thüringen offensiv begleiten. Moderne Mitbestimmung und Wertschätzung der Personalräte werden eine wesentliche Grundlage für die Umsetzung der Reformvorhaben der Regierungskoalition sein“, betonte Rainer Kräuter. ■

## Im Gespräch mit MdL Ute Lukasch zum sozialen Wohnungsbau in Thüringen

Im Arbeitskreis Infrastruktur und Landwirtschaft der Regierungsfractionen LINKE, SPD und Grüne im Landtag ging es kürzlich um Fördermöglichkeiten für den sozialen Wohnungsbau. Das Thüringer Infrastrukturministerium stellte die Entwürfe für neue Wohnungsbau-Richtlinien vor. Mit dabei waren Vertreter des Verbandes der Wohnungswirtschaft, einzelner Wohnungsunternehmen sowie Verantwortliche für Wohnungswesen aus Kommunen. Worum geht es?



Es geht um Wohnungen zu sozial verträglichen Mieten, mehr barrierefreie und damit auch altersgerechte Wohnungen sowohl im Bestand als auch in der Modernisierung. Zur Förderung der Barrierefreiheit zum Beispiel - da geht es auch häufig um den Anbau von Fahrstühlen an Wohnblöcke -, können die Unternehmen mit Zuschüssen rechnen, die bis maximal 10.000 Euro pro Wohnung reichen sollen.

**Warum werden diese neuen Richtlinien jetzt gebraucht?**

Weil einfach mehr Sozialwohnungen nötig sind. 2010 gab es in Thüringen noch 55.000 Sozialwohnungen. Nach Wegfall der Belegbindung waren es 2013 noch knapp 35.000. Im Jahr 2014 fand gar kein Neubau von Sozial-

wohnungen statt. Aber in Thüringen gibt es allein knapp 95.000 Bedarfsgemeinschaften nach Hartz IV. Hier muss also dringend etwas geschehen. Da andererseits Kredite auf dem Finanzmarkt billig zu haben sind, musste ein Anreiz für die Wohnungsunternehmen her, Darlehen des Landes für den sozialen Wohnungsbau in Anspruch zu nehmen.

**Wie sollen die Konditionen gestaltet werden?**

Beim Neubau von Sozialwohnungen soll es zinslose Darlehen bis 80 Prozent der förderfähigen Gesamtkosten geben, ebensolche zinslosen Darlehen bei der Modernisierung und Instandsetzung von Wohnungen zu sozialverträglichen Mieten. Auch hier werden

80 Prozent der förderfähigen Kosten, maximal 60.000 Euro pro Wohnung, entsprechend gefördert. Außerdem soll für Wohnungseigentümer ein Modernisierungsprogramm kommen, also zinslose Darlehen für Hausbesitzer im sicherlich eher ländlichen Raum, damit sie ihre Häuser z.B. barrierefrei umbauen können.

**Du bist sehr angetan von den angekündigten Richtlinien?**

Ja, die sind richtig gut. Und das vor allem deshalb, weil sie aus der Sicht der Mieter erarbeitet wurden. Strikter Ansatzpunkt unseres, von der LINKEN Ministerin Birgit Keller geführten Ministeriums ist die sozialverträgliche Miete. Um dabei den regionalen Gegebenheiten in Thüringen gerecht zu werden, soll es verschiedene Mietstufen geben, denn eines ist doch auch klar, die Höhe der Mieten in Erfurt, Jena und Weimar unterscheidet sich nunmal von denen in Greiz oder in Suhl, aber es muss da und auch dort etwas getan werden.

Im Übrigen können alle Mittel aus dem sozialen Wohnungsbau mit den Mitteln der Städtebauförderung, der Dorferneuerung oder des Denkmalschutzes kumuliert werden. Die Richtlinie für die Städtebauförderung ist schon auf den Weg gebracht und ein

wichtiges Instrument in der Stadtentwicklung, insbesondere in der Wohnumfeldgestaltung.

**Das Kopofor (Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V.) lädt für den 20. Februar zu einer Konferenz „Neue soziale Wohnungspolitik in Thüringen“ in den Landtag (ab 10 Uhr, Raum 101) ein. Was erwartet die Gäste?**

Ministerin Birgit Keller wird die Möglichkeiten und Vorhaben zum sozialen Wohnungsbau in Thüringen vorstellen. Um die soziale Wohnraumversorgung und Stadtentwicklungspolitik geht es in einem Vortrag von Prof. Barbara Schöning von der Bauhaus-Universität Weimar. Die Vorstellungen der Wohnungsunternehmen wird Constanze Victor vom Verband der Thüringer Wohnungswirtschaft erläutern.

Außerdem kommen Vertreter des Mieterbundes, der Bundestagsfraktion der LINKEN und ein Experte für kommunales Bauland zu Wort. Abschließend wird es noch eine Podiumsdiskussion geben. Ich kann nur alle unseren kommunalen Abgeordneten, und besonders die, die in der Wohnungspolitik Verantwortung tragen, ganz herzlich zu dieser Veranstaltung einladen. ■

# Für Vielfalt, Regionalität und faire Preise

**Dr. Schering-Wright: Fall der Erzeugerpreise führt zum Überlebenskampf von Betrieben**

„Wir haben es satt“, so lautete das Motto der Demo am 16. Januar in Berlin, an der rund 23.000 Menschen teilnahmen und damit deutlich machten, Agrarpolitik betrifft alle. Unter den Demonstrantinnen und Demonstranten zeigte auch die LINKE deutlich Flagge, dabei Dr. Johanna Schering-Wright, die Agrarpolitikerin der Linksfraktion im Thüringer Landtag.

2016 müsse die Agrar- und Ernährungswende eingeläutet werden, hieß es auf der Berliner Demo, notwendig seien eine gesellschaftlich akzeptierte bäuerliche und ökologischere Land- und Lebensmittelwirtschaft, hochwertige und gesunde Lebensmittel mit fairen Preisen und Marktbedingungen weltweit. Die Demonstration machte auch Mut, den weiteren Kampf gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA entschlossen zu führen.

„Notwendig ist ein Umsteuern im internationalen Agrarhandel und der europäischen Agrarpolitik. Vielfalt, Regionalität und faire Preise lassen sich nur erhalten, wenn die Macht der Konzerne gebrochen wird“, unterstrich Johanna Schering-Wright. „Weltweit sind es zunehmend die Konzerne, die die Produktion und Vermarktung in der Landwirtschaft bestimmen. Heutzutage werden Agrarprodukte an den Börsen gehandelt und verkommen zu Spekulationsobjekten.“

Die Thüringer LINKE-Abgeordnete verwies auf die Überproduktion in Ländern mit Agrarsubventionen, wie z.B. den EU-Staaten und den USA, die durch massive Exporte in Schwellen- und sogenannte Entwicklungsländer abgesetzt wird. Damit Hand in Hand gehe der Import insbesondere von Futtermitteln. So seien Überproduktion auf der einen Seite bei gleichzeitigem Hunger, Unterernährung und Armut auf der anderen Seite programmiert.

„Die Akteure, die auch bei der Landnutzung weltweit skrupellos das kapitalistische Wirtschaftssystem durchsetzen, sprechen von freiem Handel, meinen aber nichts anderes als Wettbewerbsbedingungen zum Vorteil ihrer Konzerne. Genau diesem Vorteil der Mächtigen sollen TTIP, CETA und viele andere Freihandelsabkommen die-

Russland und die schwächere Importkraft Chinas dazu geführt, dass die überschüssigen Milch- und Fleischmengen schlecht abgesetzt werden konnten. Die Konzentration im Einzelhandel setzt sich ungehemmt fort. Nun erlaubt Bundeswirtschaftsminister Gabriel dem Marktriesen EDEKA, sich die Kaiser's-Tengelmann-Kette einzuverle-



ben“, betonte die Agrarpolitikerin. Auch in Thüringen leiden Bäuerinnen und Bauern unter einer immer stärkeren Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel, dem Diktat der Konzerne und einer auf Export orientierten Agrarpolitik. „Bestes Beispiel ist die Krise in der Milch- und Fleischproduktion. Die Erzeugerpreise sind so drastisch gefallen, dass Betriebe ums Überleben kämpfen, obwohl gleichzeitig im Jahr 2015 die Verbraucherpreise für Molkereiprodukte und Fleischwaren gestiegen sind.“ Und Johanna Schering-Wright machte auf einen weiteren Zusammenhang aufmerksam: „Gleichzeitig haben die Exporteinbrüche durch das russische Embargo aufgrund der Sanktionen der EU gegen

ben, obwohl das Kartellamt nein gesagt hat – das kann nicht gut sein, weder für Erzeuger, noch für Verbraucher.“

DIE LINKE setzt sich für Ernährungssouveränität ein und fordert einen fairen internationalen Handel, der sich an den Bedürfnissen der Menschen und nicht an den Interessen der Konzerne orientiert. „Wir wollen ein Landwirtschafts- und Ernährungssystem, das niemanden zur Landflucht zwingt und das regionale Entwicklung fördert. Gesunde Lebensmittel sollen vorwiegend für den regionalen Markt weiterverarbeitet werden und für alle Menschen verfügbar sein“, so die Landtagsabgeordnete abschließend. ■

## VON A BIS Z:

### Diplomabschluss

Zum Vorschlag der Wiedereinführung des Diplomabschlusses und -studiums in Thüringen erklärte MdL Christian Schaft: „Mit einer Umbenennung der Masterstudiengänge im ingenieurwissenschaftlichen Bereich ist den Studierenden nicht geholfen, wenn sich an den Studienbedingungen, auch bereits im Bachelor, nichts grundlegend ändert.“

Nach der flächendeckenden Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen stelle ein Zurückrudern eine Verunsicherung der Studierenden in Thüringen hinsichtlich der Wertigkeit ihrer jetzigen Abschlüsse dar. „Wenn wir uns zudem die Zahlen zur Regelstudienzeitüberschreitung und die Abbruchquoten betrachten, müssen wir die Probleme beim Namen nennen: Eine zu hohe Arbeitsbelastung im Studium und zum Teil fehlende studienbegleitende Maßnahmen. Was wir brauchen, ist eine ehrliche Debatte über die Verlängerung von Regelstudienzeiten, zusätzliche Lehr- und Betreuungsangebote und intensivere Beratungsangebote für Studierende.“

Der Landtagsabgeordnete der LINKEN verwies auf das Landesprogramm ProMINT, mit dem Maßnahmen zur Verbesserung der Studienbedingungen im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich angegangen werden. Notwendig seien eine ernsthafte Debatte über das Für und Wider einer Einführung von Diplomabschlüssen und die konkrete Ausgestaltung von Studieninhalten und Studienbedingungen. ■

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssitzungen:

Mit seinen ersten Plenarsitzungen im neuen Jahr startet der Thüringer Landtag von Mittwoch, den 17. Januar, Beginn 14 Uhr, bis Freitag, den 29. Januar. Weitere Plenartagungen sind anberaumt am 24. und 25. Februar, am 16. und 17. März sowie am 20. und 21. April.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen auf der Besuchertribüne im Erfurter Landtag bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Krankenhäuser

Gesundheitsministerin Heike Werner (DIE LINKE) hat einen Zuwendungsbescheid über 864.000 Euro an das Südharz Klinikum übergeben zur Erneuerung der zentralen Sterilgutversorgung. „Für die Landesregierung ist eine gute Qualität der medizinischen Versorgung in den Krankenhäusern wichtig. Wir stellen mit dem Haushalt 2016/2017 sicher, dass die Thüringer Krankenhäuser dafür eine auskömmliche Finanzierung erhalten. Ich freue mich, dass wir die anstehende Modernisierung am Südharz Klinikum auch fördern können“, so die Ministerin. Das Südharz Klinikum ist mit knapp 700 Betten das zweitgrößte kommunale Krankenhaus in Thüringen und das größte mit nur einem Standort. ■

## Rentengerechtigkeit

Auf Antrag der Linksfraktion diskutiert der Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde das Thema „Benachteiligung ostdeutscher Rentnerinnen und Rentner endlich beenden“. In einem Positionspapier waren jetzt ostdeutsche CDU-Bundestagsabgeordnete vom Vorhaben einer schnellen Angleichung der Ostrenten an das Westniveau abgerückt. „LINKE und vorher die PDS setzen sich schon seit zweieinhalb Jahrzehnten für eine Beseitigung der Rentenungerechtigkeiten ein. Der Kampf ist noch nicht zu Ende“, betonte MdL Karola Stange. Sie forderte die CDU Thüringen, die sich 2014 zu einer möglichst schnellen Angleichung der Ostrenten bekannt hatte, nachdrücklich dazu auf, jetzt tätig zu werden. ■

## Nsu-Ausschuss

Wer sich genau über die öffentlichen Sitzungen des Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses informieren möchte, kann dies auf der Internetseite der Landtagsabgeordneten Katharina König tun, die auch Mitglied im Ausschuss ist und unter [www.haskala.de](http://www.haskala.de) Protokolle der Zeugenvernehmungen veröffentlicht.

Das jüngste Protokoll stammt von der Sitzung am 14. Januar. Es wurden ein Brandsachverständiger und ein LKA-Beamter, beide aus Baden-Württemberg, befragt. Außerdem ein Spurensicherungsexperte und ein Entschlüsselungsexperte vom Landeskriminalamt (LKA) Thüringen sowie ein Fotograf, der ebenfalls am 4.11.2011 in Eisenach am Wohnmobil vor Ort war. ■

## KURZ UND PRÄGNANT

### Für die Arbeit der Sommergewinnzunft

„Wie schon letztes Jahr um diese Jahreszeit besuchten wir wieder die Eisenacher Sommergewinnzunft mit einer kleinen LINKEN Delegation. Mit dabei waren unsere Oberbürgermeisterin Katja Wolf, die Landtagsabgeordnete Kati Engel, der neugewählte Co-Kreisvorsitzende Michael Lemm, die Stadtvorsitzende Kristin Kretschmer und der sachkundige Bürger Uwe Semmler“, informierte Johannes Feutlinske, Eisenacher Wahlkreismitarbeiter von Kati Engel.

Er schrieb weiter: „Gestartet wurde mit einem Rundgang durch



das Zunfthaus der ca. 160 Mitglieder. Wir wollen natürlich nicht zu viel versprechen, aber auch dieses Jahr werden die Festwagen ein Augenschmaus beim Festumzug am 5. März sein. Nach den Festwagen ging es zum ‚Blumendrehen‘. Für dieses Jahr müssen einfach mehr Blumen gedreht werden. Leider war letztes Jahr das Wetter etwas mürrisch und der Winter gab sein Schlechtestes, um den Kampf gegen Frau Sunna nicht zu verlieren. Opfer waren die Blumen und so wurde schon letztes Jahr im September mit der Herstellung der bunten Krepppapierblumen begonnen. Es werden dieses Jahr ca. 400.000 Stück gebraucht, alle in einzigartiger Handarbeit selber hergestellt. Dafür haben wir natürlich eine kleine Stärkung in Form von Pralinen, Kaffee und dem ein oder anderem Likör mitgebracht. Eine Stärkung der anderen Art gab es noch oben drauf.“

Kati Engel und Katja Wolf übergaben einen Unterstützungsscheck vom Verein Alternative 54 e.V. an die Zunft. Die Alternative ist ein Verein der Landtagsabgeordneten der Linksfraktion. Mit den Mitgliedsbeiträgen und Spenden, die sie aus den Diätenerhöhungen in einen Fonds einzahlen, werden thüringenweit Vereine und Projekte unterstützt. Im konkreten Fall soll die Spende genutzt werden zur Förderung eines Austauschs zwischen der Eisenacher Sommergewinnzunft und der Marburger Oberstadtgemeinde. Schon seit den 50er Jahren des letzten Jahrtausends bestehen freundschaftliche Bande und man besucht sich gegenseitig. ■

# Besonders schutzbedürftig

## Gleichstellungsausschuss zur Situation weiblicher Flüchtlinge in der Erstaufnahme

**„Die Situation weiblicher Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen in Thüringen ist ein wichtiges Thema. Mit einem Erfahrungsaustausch und dem Bündeln der Probleme, Forderungen aber auch konkreter Lösungsansätze hat sich der Gleichstellungsausschuss des Landtages mehrfach befasst“, sagt Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion und Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses.**

Der Ausschuss hatte sich im Dezember Expertinnen zu einer Mündlichen Anhörung eingeladen. In seiner Sitzung am 20. Januar fand die Auswertung statt. Die fünfzehn Anzuhörenden (frauenspezifische Vereine) hatten berichtet bzw. in schriftlichen Stellungnahmen mitgeteilt, dass geflüchtete Frauen und Mädchen in den Erstaufnahmeeinrichtungen besonderen Schutz und Unterstützung benötigen, da sie oftmals traumatisiert sind durch sexuelle Übergriffe und Gewalttaten in ihren Herkunftsländern oder während der Flucht. Zumeist sind weibliche Flüchtlinge in den Einrichtungen zahlenmäßig in der Minderheit. Bislang gibt es keine repräsentativen Erhebungen zu den Gewalterfahrungen geflüchteter Frauen und Mädchen in Deutschland. Dennoch sind Erstaufnahmeeinrichtungen aufgrund ihrer

strukturellen Anlage für sie besonders unsichere Lebensräume. Entsprechend müssen die Rahmenbedingungen ergänzt werden, die künftig einen guten Aufenthalt sicherstellen. Insbesondere der kritische persönliche Bericht von Yara Mayasa, einer geflüchteten Frau aus Syrien, über die Situation in der Erstaufnahmeeinrichtung hatte deutlich gemacht, vor welchen Herausforderungen das Land steht.

**Karola Stange: „Vieles ist in Gang gebracht, anderes wird momentan geprüft“**

„Die Stellungnahmen und die Auswertung haben ergeben, dass die Frauen und Mädchen mehr Informationen über ihre Rechte, über das Asylverfahren, Ansprechstellen für ihre Probleme oder Gewaltschutzkonzepte in den Einrichtungen bekommen müssen. Sie brauchen dringend mehr Platz, Privatsphäre, bessere (getrennte, abschließbare) sanitäre Einrichtungen, abschließbare Zimmer, kürzere Wege von der Schlafstelle zur Toilette. Aber auch die Sensibilisierung und Information der in den Erstaufnahmeeinrichtungen Beschäftigten zur Situation und dem besonderen Bedarf geflüchteter Frauen und Mädchen sind wichtig, genauso wie die Erfassung der schutzbedürftigen Menschen bereits in den Erstaufnahmestellen“, unterstrich Karola

Stange. Bei der Auswertung der Anhörung wurde durch die Berichte von Sozialministerin Heike Werner, der Thüringer Gleichstellungsbeauftragten Katrin Christ-Eisenwinder und der Migrationsbeauftragten Miriam Kruppa sowie von Vertretern des Innen- und des Migrationsministeriums deutlich, dass die wichtigsten Anregungen und Forderungen der Befragten schon teilweise in der Umsetzung sind. So wurde beispielsweise berichtet, dass die psychosoziale Beratung und Begleitung begonnen und sich die Informationslage in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbessert hat, es stehe mehr weibliches Begleitpersonal z.B. für den Gang zu Sanitäreinrichtungen zur Verfügung.

„Vieles ist voran gebracht, anderes wird momentan geprüft, wie die Anpassung der Gemeinschaftsunterkunftsverordnung oder die Befragungen weiblicher Flüchtlinge zur weiteren Bedarfsermittlung. Mit der Gründung einer Arbeitsgruppe von Abgeordneten, Vertretern der Ministerien, des Thüringer Landesverwaltungsamtes sowie den beiden Landesbeauftragten zur Erarbeitung von Handlungsempfehlungen sind wir auf dem richtigen Weg. Wir stehen am Anfang eines Prozesses, der auch durch die LINKE-Landtagsfraktion weiter begleitet wird“, so Karola Stange abschließend.

Cordula Eger ■

## „Historisch-politische Aufklärung“

### Anfang Januar ist eine kritische Edition zu Hitlers „Mein Kampf“ erschienen

Am 8. Januar ist Adolf Hitlers „Mein Kampf“ in einer neuen, historisch-kritischen Edition des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ, München) erschienen. Am 31. Dezember, 70 Jahre nach Hitlers Todesjahr, sind die Urheberrechte an dem 1924 bis 1926 entstandenen Buch erloschen.

Das Institut habe es sich „zum Ziel gesetzt, unmittelbar nach Ablauf dieser Frist eine wissenschaftlich kommentierte Gesamtausgabe vorzulegen“, heißt es auf der Homepage des IfZ. Man verstehe die zweibändige historisch-kritische Edition als „Beitrag zur historisch-politischen Aufklärung“, gebe es doch „kaum ein Buch, das mit so vielen Mythen überfrachtet ist, das so viel Abscheu und Ängste weckt, Neugier und Spekulation hervorruft und nicht zuletzt mit der Aura des Geheimnisvollen, des Verbotenen wirbt“. Man wolle zudem „möglichen kommerziellen Interessen“ entgegenwirken.

Das Projekt gilt dennoch als umstritten, ist „Mein Kampf“ doch eine Propagandaschrift, „deren Autor wie kein anderer für Hass und die Vernichtung von Millionen von Menschen steht“, wie es auf der Homepage der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz heißt.

Andreas Wirsching, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte und Professor für Neuere und Neueste Geschich-

te an der Ludwig-Maximilians-Universität München, hält „Mein Kampf“ jedoch ausdrücklich für eine „zentrale historische Quelle“ für das Verständnis des Nationalsozialismus. Die Edition des Instituts soll Hitler und seine Propaganda nachhaltig dekonstruieren und der Symbolkraft des Buchs damit den Boden entziehen, so Wirsching.

Dazu hat ein Historikerteam des IfZ unter der Leitung von Dr. Christian Hartmann „Mein Kampf“ in mehrjähriger Arbeit umfassend aufbereitet. Im Zentrum haben laut IfZ folgende Fragen gestanden: „Wie entstanden seine Thesen? Welche Absichten verfolgte er damit? Welchen gesellschaftlichen Rückhalt besaßen Hitlers Behauptungen unter seinen Zeitgenossen? Welche Folgen hatten seine Ankündigungen nach 1933? Und vor allem: Was lässt sich mit dem Stand unseres heutigen Wissens Hitlers unzähligen Behauptungen, Lügen und Absichtserklärungen entgegensetzen?“

Auch der Wissenschaftshistoriker und Biologiedidaktiker Prof. Dr. Uwe Hoßfeld von der Friedrich-Schiller-Universität Jena gehört zu den externen Mitarbeitern der Edition. Er hat Textabschnitte zu Themenbereichen wie „Rassentheorie“, „Anthropologie“, „Biologie“, „Eugenik“ und „Humangenetik“ kommentiert. Das Lesen von „Mein Kampf“ habe ihm Kopfschmer-

zen verursacht, erläutert Hoßfeld. Lange Passagen seien in einer überaus primitiven Sprache verfasst, die aber die Weltsicht Hitlers wiedergebe. Dessen demagogische Methode fasst Hoßfeld so zusammen: „Hitlers Aussagen enthalten in vielen Passagen einen Kern Wahrheit, manchmal Halbwahrheiten, die er dann entsprechend seiner Vorstellungen zugespitzt und überhöht hat.“ Mit der historisch-kritischen Edition werde „Hitlers Text entmystifiziert“.

Die Justizministerkonferenz habe zwischenzeitlich entschieden, dass die unkommentierte Verbreitung von „Mein Kampf“ auch nach dem Auslaufen der Urheberrechtsfrist in Deutschland verboten bleiben soll, betont Thüringens Kulturminister Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff.

Eine eigene rechtliche Regelung dafür erscheine laut Justizministerkonferenz deshalb verzichtbar, weil der Straftatbestand der Volksverhetzung ausreichend sei, um den Nachdruck zu verhindern. Hoffs Einschätzung nach kann die kritische Edition „dazu beitragen, die alltägliche Vermittlung des Nationalsozialismus im Schulunterricht didaktisch-methodisch zu unterfrühen und neue Ideen für die Lehrer/-innenbildung zu entwickeln.“

Stefan Wogawa ■

## DAS INTERVIEW

# Erfolgsmodell Ganztagschule

NACHGEFRAGT beim Bildungspolitiker MdL Torsten Wolf

Der Koalitionsausschuss der rot-rot-grünen Koalition hat sich darauf verständigt, das Modellprojekt zur Weiterentwicklung der Thüringer Grundschule, das einen Betrieb der Horte unter kommunaler Hoheit beinhaltet, zum 31. Juli 2016 zu beenden. Die Einigung hat zur Folge, dass den betroffenen Horterzieherinnen – Gesamtumfang 700 Stellen – ein Beschäftigungsangebot des Landes unterbreitet wird.

**Die Rücknahme der Horte durch das Land garantiert eine einheitliche Beziehung und Tarifgestaltung für alle Erzieherinnen und Erzieher in Thüringen. Wie bewertest Du diese Entwicklung?**

Das Verhandlungsergebnis ist wichtig zur Weiterentwicklung der Thüringer Grund- und Gemeinschaftsschulen zu Ganztagschulen. Es darf nicht die Zufälligkeit des Wohnortes darüber bestimmen, ob ein Kind beste Entwicklungsmöglichkeiten, wie sie eine Ganztagschule bietet, erhält. Damit hat sich die Landesregierung zu ihrer Verantwortung für einheitlich hohe Bildungsstandards für alle Kinder bis 10 Jahre bekannt.

**Etwa zwei Drittel der Horte befinden sich in kommunaler Trägerschaft, nicht alle fanden das schlecht.**

Seit 2008 konnten Thüringer Kommunen und Landkreise die Horte in eigene Trägerschaft übernehmen. Allerdings schwankte die Qualität zwischen den einzelnen Kommunen erheblich. Das Ziel, flächendeckend ein gutes Ganztagsschulangebot zur Verfügung zu stellen, sehen wir als LINKE damit nicht gewährleistet. Vielmehr ist die Rückführung der Horte an das Land im Sinne gleicher Bildungschancen für al-

le Kinder. Das Bildungsministerium ist jetzt beauftragt, dazu ein Konzept vorzulegen, welches mit den Gewerkschaften abgestimmt sein sollte. Uns ist sehr wichtig, dass die Beschäftigungsumfänge der Kommunalbeschäftigten gewährleistet sind und die Unsicherheit durch die Entfristung der Ver-



träge beendet wird. Nur so können sich die Grund- und Gemeinschaftsschulen in Ruhe weiter zu guten Ganztagschulen entwickeln.

**Anderes Thema: Der Ausfall von Sportunterricht wurde kontrovers diskutiert. Worum ging es?**

Ausgangspunkt war die unsägliche Kritik der AfD-Landtagsabgeordneten Wiebke Muhsal, dass aufgrund der Unterbringung von Flüchtlingen in Sporthallen „deutsche Kinder“ benachteiligt

seien. Ebenso wie im Bildungsausschuss des Landtages, wo Frau Muhsal aus ihrer Agonie nur zu erwachen vermag, wenn es gegen Flüchtlinge – wie zuletzt unbegleitete Minderjährige – zu hetzen gilt, begrenzt sich ihr Erkenntnisinteresse scheinbar auch bei Kleinen Anfragen nur darauf, wie sie damit gegen geflüchtete Menschen vorgehen kann.

**Der Bildungsausschuss im Landtag hatte sich mit der Thematik beschäftigt. Mit welchem Ergebnis?**

Die Kommunen als Schulträger gehen sehr verantwortungsvoll mit der Belegung von Sporthallen als vorübergehende Flüchtlingsunterkunft um. Zur Vermeidung von Unterrichtsausfall werden alle zusätzlichen Möglichkeiten, wie Sport im Freien und andere Hallen, genutzt. Auch wurde festgestellt, dass nur wenige Kommunen, meist solche mit angespannter Wohnungslage wie die Stadt Jena, betroffen sind. Nach den Zahlen aus dem Bildungsministerium sind lediglich 0,128 Prozent der Sportstunden bis Anfang Dezember 2015 wegen Belegung der Sporthallen mit Flüchtlingen ausgefallen. Von den 811 staatlichen Schulstandorten in Thüringen sind nur zwölf Schulsportstätten betroffen.

Schulleiter und Lehrkräfte leisten ihr Bestes zur gelingenden Integration von Flüchtlingskindern. Dabei erhalten sie Unterstützung durch die demokratischen Fraktionen des Landtags. Die AfD hingegen leistet sich in Person von Frau Muhsal eine Abgeordnete, die offensichtlich weder Geist noch Inhalt der Landesverfassung und des Schulgesetzes kennt und entsprechend auch nicht vertritt. Anders ist ihre verbale Entgleisung, dass die vorübergehende Nutzung von Schulsportstätten als Flüchtlingsunterkünfte ‚zu Lasten deutscher Schulkinder‘ gehen würde, nicht zu erklären.

**Für Negativ-Schlagzeilen hat die geplante Gebührensteigerung für Internatsplätze an den fünf Thüringer Spezialgymnasien gesorgt. Was sagt die LINKE dazu?**

Auch bei diesem Thema steht für uns die soziale Ausgewogenheit im Mittelpunkt. Wir wollen eine soziale Staffe- lung, die es definitiv ausschließt, dass ein Kind die gewünschte Schule aus finanziellen Zwängen heraus nicht besuchen kann. Die Anpassung der Internatsgebühren an die Kostenentwicklung soll mit Beginn des nächsten Schuljahres im Herbst erfolgen. Sollte die gegenwärtige Form der Gebührengestaltung, die ja bestimmte soziale Aspekte berücksichtigt, diese Ausgewogenheit nicht leisten können, sind alle drei Koalitionsparteien für einen Dialog mit den Eltern offen. Wir als LINKE sind darüber mit den Eltern im Gespräch.

## KURZ UND PRÄGNANT

## Mehr Mitbestimmung an den Hochschulen

Zum jetzt begonnenen Hochschuldialog erklärte MdL Christian Schaft: „Thüringen braucht dringend eine Demokratisierung seiner Hochschulen. Rot-Rot-Grün zeigt mit der breitestmöglichen Beteiligung aller Akteure Weg und Zielrichtung der anstehenden Gesetzesnovellierung.“ Ausgehend vom beschlossenen Antrag der Regierungsfractionen gibt es eine ganze Reihe von Diskussionsveranstaltungen zu verschiedenen hochschulrelevanten Themen. Die umfassende Novelle des Thüringer Hochschulgesetzes steht dann für 2017 auf dem Plan. „Wir wollen neben dem Schwerpunkt der Demokratisierung entscheidende Schritte in weiteren wichtigen Bereichen gehen: Gute Arbeit in der Wissenschaft, Verbesserung von Studienbedingungen, Öffnung der Hochschulen, Gleichstellung und Inklusion, Friedens- und Sozialklauseln. Ich freue mich sehr auf eine breite und spannende Debatte, bei der allein wir aber nicht stehen bleiben wollen. Denn am Ende zählen die konkreten Verbesserungen im Gesetz zur Stärkung der Mitbestimmung der Mitglieder und Angehörigen der Hochschulen“, erläuterte der LINKE Hochschulpolitiker. ■

## Interessant war's besonders im Landtag



*Verabschiedung der Praktikantin Marie Müller im Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten Ina Leukefeld (im Foto mit Wahlkreismitarbeiterin Ilona Burandt). Marie ist Schülerin der 10. Klasse mit Interesse an linker Politik. Begeistert berichtete sie: „Ich bekam ein vielfältiges Aufgabenfeld zu sehen, besuchte den Landtag und das Thüringenhaus, fertigte Flyer und Poster an, bereitete das Erwerbslosenfrühstück mit vor und hielt eine Rede über Rosa Luxemburg. Insbesondere die Besuche im Landtag waren interessant, es war spannend zu beobachten, wie komplex Themen behandelt werden.“* ■

## Unterstützung für Gedenkstättenfahrten

In Thüringen werden Schülerfahrten zu Gedenkstätten der ehemaligen NS-Vernichtungslager in Polen zusätzlich unterstützt. Das Bildungsministerium und die Bethe-Stiftung unterzeichneten eine Kooperationsvereinbarung. Danach sollen Schülerfahrten an allen weiterführenden Schulen mit jährlich insgesamt 125.000 Euro gefördert werden. Thüringens Bildungsministerin Birgit Klauert (LINKE) unterstrich: „Mir ist wichtig, dass sich Schüler an authentischen Orten mit den Verbrechen des Nationalsozialismus beschäftigen. Hier erfahren sie, wie die NS-Vernichtungsmaschinerie gearbeitet hat. Das ist eine wichtige Ergänzung zum Unterricht. Die Vergangenheit verstehen, um für die Zukunft zu lernen – das ist unser Ziel.“

Die Förderung beginnt am 1. Juli 2016 und ist zunächst auf ein Jahr angelegt. Das Bildungsministerium und die Bethe-Stiftung streben insgesamt eine fünfjährige Laufzeit der Kooperation an. „Die Reise an einen ehemaligen Vernichtungsort im heutigen Polen be-

wegt jeden Besucher nachhaltiger, als das beste Geschichtsbuch es jemals könnte“, sagt Peter Junge-Wentrup, Geschäftsführer des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks Dortmund, das im Auftrag der Stiftung und des Ministeriums mit der Organisation der Fahrten beauftragt ist. „Junge Menschen finden gerade an diesen Erinnerungsorten unschätzbare wichtige Impulse für ein Lernen aus der Geschichte für eine gemeinsame Zukunft in Europa. Fahrten an die Orte dieser unvorstellbaren Verbrechen werden nach unserer Überzeugung künftig eine noch größere Rolle in der Erinnerungsarbeit spielen.“

Die Kooperationsvereinbarung unterstützt Besuche der Gedenkstätten Auschwitz, Majdanek, Treblinka, Belzec, Sobibor und Kulmhof/Chelmo. Das Land will darüber hinaus Fortbildungsangebote zur Gedenkstättenarbeit für Lehrerinnen und Lehrer unterbreiten und die Schulen bei der Konzeptentwicklung von Gedenkstättenfahrten unterstützen. ■

# Gewerbesteuer zahlt nur jedes sechste Unternehmen

**MdL Frank Kuschel: „Auch die Wirtschaft muss das Gemeinwesen mitfinanzieren“**

**Die Kritik der Industrie- und Handelskammer (IHK Erfurt) an einer vermeintlich zunehmenden Belastung der örtlichen Wirtschaft durch Steuererhöhungen des Landes und der Kommunen, hat Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, zurückgewiesen.**

Es dürfe nicht pauschalisiert werden, so der Abgeordnete, denn durch Steuererhöhungen seien die örtlichen Unternehmen in ganz unterschiedlichem Umfang betroffen. „Klar muss sein, dass sich auch die Wirtschaft in einem angemessenen Umfang an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen muss“, betonte Frank Kuschel. Doch gerade hier habe es in den vergangenen Jahren erhebliche Entlastungen zugunsten der Wirtschaft gegeben.

Dies werde auch durch die Zahlen im aktuellen Landeshaushalt deutlich. Über 80 Prozent der Landessteuereinnahmen sind reine Verbrauchs- und Lohnsteuern, erläuterte der Abgeordnete, nur rund zehn Prozent der Lan-

dessteuereinnahmen sind dagegen Steuern der Unternehmen.

Durch Steuerrechtsänderungen wurden Einzelunternehmer bei der Gewerbesteuer erheblich entlastet. Bis zu einem Hebesatz von 400 Prozent können sie ihre Gewerbesteuer vollständig verrechnen, so dass hier überhaupt keine zusätzliche Steuerbelastung entsteht“, sagte Frank Kuschel. Selbst in den Thüringer Städten mit den höchsten Steuersätzen liege die Gewerbesteuerbelastung immer noch unter dem Niveau des Jahres 2007.

## **Grunderwerbssteuer gemessen an Bau- und Grundstückskosten nicht dominierend**

Ach die Kapitalgesellschaften seien deutlich bei der Gewerbesteuer entlastet worden. „Der Gewerbesteuersatz wurde um ein Drittel gesenkt, ebenso die Körperschaftsteuer. In der Summe zahlen die Kapitalgesellschaften nicht einmal die Hälfte an Steuern wie vor zehn Jahren.“

In Thüringen zahle im Übrigen ohnehin nur jedes sechste Unternehmen Gewerbesteuer. Frank Kuschel forder-

te die IHK auf, diese Fakten bei ihrer Kritik stärker zu beachten. Dies gelte auch für die Kritik an der Erhöhung der Grunderwerbssteuer. Thüringen bekomme erhebliche Mittel aus dem Länderfinanzausgleich. Von den Geberländern komme die Erwartung, dass das Land seine Einnahmelmöglichkeiten ausschöpfe.

Gemessen an den Bau- und übrigen Grundstückskosten sei die Grunderwerbssteuer nicht dominierend. Bei Einzelunternehmen und Kapitalgesellschaften sei sie als Betriebsausgabe steuerlich absetzbar, soweit es sich um Grundstücke als Betriebsvermögen handelt. Bei Unternehmensverkäufen und Teilverkäufen werde überhaupt keine Grunderwerbssteuer fällig.

Die IHK solle also nicht länger pauschal dramatisieren, sondern den konstruktiven Dialog mit dem Land und den Kommunen fortsetzen, so der Kommunalexperte der Linksfraktion weiter. Dabei müsse auch beachtet werden, dass aus den öffentlichen Haushalten in Thüringen letztlich über eine Milliarde Euro direkt oder indirekt an die örtliche Wirtschaft zurückfließe. ■

## **Jahrestagung des dbb wies auf deutliche Schwachstellen hin**

**Auf Einladung des Thüringer Beamtenbundes hatte Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, an der Jahrestagung des Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion (dbb) in Köln teilgenommen, die unter dem Motto „Alarmzeichen für die Demokratie – Politik kontra Bürger?“ stand.**

„Als Vertreter der Politik wurden mir natürlich viele Fragen zu dem ‚Projekt rot-rot-grüne Landesregierung‘ gestellt, die ich alle sehr gern beantwortete. Die Frage, ob das denn überhaupt funktioniere, brachte mich zum Schmunzeln und ich entgegnete, ob denn etwas anderes behauptet würde, schließlich regieren wir gemeinsam schon seit über einem Jahr ohne große Negativ-Vorkommnisse“, gab Rainer Kräuter Einblick in seine Gespräche am Rande der Tagung. Zu den Diskussionen auf der Bühne sagte er: „Der Bundesinnenminister Thomas de Maizière lobte sich ein wenig zu sehr für seine Politik. Da blieb auch wenig Zeit und Raum für kritische Stimmen. Ich hätte mir auch etwas mehr Mut seitens des dbb gewünscht, wenn es um kontroverse Debatten geht. Denn leider kamen alle Redebeiträge (de Maizière, Klöckner und Bosbach) von der CDU.“

Anlässlich der Tagung hatte der dbb die neueste Ausgabe der Informationsbroschüre „Zahlen – Daten – Fakten“ veröffentlicht mit einem Überblick über die wichtigsten Eckdaten des öffentlichen Dienstes. „Die Zahlen sind eine Bruchlandung für das Projekt

‚schlanker Staat‘. Egal, wo man hinschaut, ohne Engagement im Ehrenamt wäre die Funktionsfähigkeit des Staates nicht mehr gewährleistet“, sagte der Landtagsabgeordnete.

So wurden bei Bund, Ländern und Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1991 und 2014 fast 940.000 Stellen abgebaut. Nur noch 7,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gibt die Bundesrepublik für Arbeitnehmerentgelte aus. Im EU-Vergleich sind nur Tschechien, mit 7,4 Prozent, und die Slowakei, mit 7,1 Prozent, noch sparsamer. Bezogen auf den Euro-Raum sogar allein die Slowakei. Andere große EU-Volkswirtschaften, wie Frankreich (13,2 Prozent) und Großbritannien (10,9 Prozent), geben im Verhältnis deutlich mehr für Stellen im öffentlichen Dienst aus.

Die drastische Sparpolitik schlägt sich auch in der Altersstruktur des öffentlichen Dienstes in Deutschland nieder: 57 Prozent der Beschäftigten sind mittlerweile über 45 Jahre, 26 Prozent sogar über 55 Jahre. Allein bei den Bundesbeamten ist beispielsweise der Anteil der 45- bis 54-Jährigen innerhalb der letzten Jahre deutlich gestiegen, von 22,1 Prozent (2000) auf 36,5 Prozent (2014). „Diese Zahlen machen deutlich, dass die Anforderungen, auch an die älteren Beschäftigten im öffentlichen Dienst rapide wachsen sind und weiter wachsen werden. Die Folgen sind dramatisch, wenn ich mir die Krankheitsquote im öffentlichen Dienst anschau. Gewerkschaftsverbände quer durch Thüringen brin-

gen mir gegenüber ihre Sorge zum Ausdruck, dass diese Entwicklung durch die Politik nicht gesehen wird und umgekehrt werden muss, wenn der Satz der Kanzlerin ‚Wir schaffen das‘ gelten soll“, meinte der Thüringer Landtagsabgeordnete und ergänzte: „Auf den öffentlichen Dienst kommen große Herausforderungen zu: Der demografische Wandel, die Energiewende, die Digitalisierung und ganz aktuell die gestiegene Zahl der Flüchtlinge.“

Dazu fordert der dbb: „Um das zu schaffen, brauchen wir eine funktionsfähige öffentliche Verwaltung.“ Dem schloss sich Rainer Kräuter vorbehaltlos an. Er dankte dem Thüringer Beamtenbund sowie dem dbb für die Einladung und Ausgestaltung der Veranstaltung recht herzlich. ■

## **Nebenbei NOTIERT**

von **Stefan Wogawa**

### **CDU opponiert gegen sich selbst**

Bei den Vorwahlen der US-Republikaner wird der Immobilien-Tycoon und (mutmaßlich) berühmteste Falschhaarträger der Welt Donald Trump vom rechtskonservativen Dummchen Sarah Palin unterstützt (jetzt fehlt nur noch Homer Simpson). Hierzulande sehen die Institute die rechte AfD im Umfragehoch, verorten sie bei bundesweit zehn Prozent. Das Phänomen AfD lässt sich so beschreiben: eine Partei, die vor allem und jedem Angst und auf nichts eine Antwort hat. Anschaulich illustriert das ein beim Kurznachrichtendienst Twitter kolportiertes Statement eines AfD-Kandidaten in Gießen: „Sie können nicht erwarten, dass wir im Vorfeld erklären, was wir nach der Wahl machen wollen.“ Trotzdem (oder gerade deshalb?) lässt sich die CDU auch in Thüringen davon beeindruckt und versucht, auf die populistische Überholspur zu kommen. Und opponiert dabei kräftig gegen sich selbst.

Hinsichtlich der Flüchtlingspolitik der CDU-Bundeskanzlerin passiert das ja im Tagestakt. Hysterie ist nötig, um überhaupt noch wahrgenommen zu werden. Manfred Grund, Vorsitzender der Thüringer CDU-Landesgruppe im Bundestag und Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, behauptet etwa, Merkels Politik untergrabe „die demokratische Legitimation“ des Staates.

Der bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Christian Tischner, lamentierte jüngst, die rot-rot-grüne Landesregierung fahre das Schulsystem „auf Verschleiß“. Das ist dreist, denn als Regierungspartei von 1990 bis 2014 hat die CDU das Bildungssystem kaputt gekürzt. Nicht zuletzt aktuelle Einlassungen des CDU-Innenpolitikers Wolfgang Fiedler zeigen: die Union muss aufpassen, dass sie nicht zum billigen Juniorpartner von AfD-Propaganda wird. ■

## **IMPRESSUM**

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### **Herausgeber:**

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### **Redaktion:**

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.